

SCHWYZER

FREISINN

Wir machen die Schweiz stark!

Jede Stimme zählt am 22. Oktober!
Petra Gössi hat gute Chancen, als erste Frau aus dem Kanton Schwyz in den Ständerat gewählt zu werden.
(Bild: Bernard van Dierendonck)

Die Lernenden brauchen eine Lobby

Die duale Berufsausbildung ist eine wichtige Säule der Bildungslandschaft. Sie bietet eine praxisnahe Ausbildung, schafft vielseitige Karrieremöglichkeiten und trägt zur geringen Jugendarbeitslosigkeit bei. Der Goldauer Heinz Theiler will sich als Nationalrat für dieses Erfolgsmodell starkmachen.
Seite 4

Wandern mit Petra Gössi

Die Wahlveranstaltung der besonderen Art war ein voller Erfolg. Auf 6 Routen durch 6 Bezirke an 6 Terminen hatten Interessierte die Möglichkeit, mit Ständeratskandidatin Petra Gössi durch den Kanton Schwyz zu wandern.
Seite 5

Haupt- und Nebenlisten

Die direkte Demokratie wird immer zuerst genannt, wenn es darum geht, was die Schweiz so einzigartig macht. Dass diese Demokratie nur funktioniert, wenn sich ganz viele Freiwillige dafür in den Parteien engagieren, wird dabei aber oft ausgeblendet.
Seite 6

Liken und Teilen erwünscht

Social Media sind wichtige neue Kommunikationskanäle, die den klassischen Wahlkampf ergänzen.
Rezept von Julia Cotti.
Agenda.
Seite 7



Petra in den Ständerat!

Wählen, aber richtig

Welche Überlegungen stecken hinter einer Doppelkandidatur? Und weshalb ist es so wichtig, mit vielen Leuten über die Wahlen zu sprechen? Wir erklären die wichtigsten Eckpunkte unserer Wahlstrategie.

Während in den Parteizentralen die nationalen Wahlen vom 22. Oktober seit Monaten das dominierende Thema sind, ist die Wählerschaft noch damit beschäftigt, das Auto vom Sand der Strandferien zu befreien. Dieser Gegensatz bedeutet für uns Wahlkämpferinnen manchmal einen sehr grossen Spagat: Auf der einen Seite bewegen wir uns in den Details von Wahlanalysen und Hochrechnungen. Wir suchen Kandidierende und Wege, wie wir sie einem breiten Publikum präsentieren können, und wie wir die meisten Stimmen holen.

Auf der anderen Seite scheint ein grosser Teil der Bevölkerung noch ahnungslos, welche grosse Verantwortung am 22. Oktober auf sie zukommt. «Ist das diesen Herbst? Wann denn?», fragen die Leute. Gleichzeitig werden auf Twitter politische Schlachten ausgetragen und die Medien kommen kaum damit nach, die vielen Aufreger zu platzieren. Aber eines ist spürbar: Die ewige Streiterei zwischen den Polparteien SP und SVP geht den Menschen auf die Nerven.

Bericht Seite 3

Inhalt

- 3–7 Schwyzer Freisinn
- 8/9 Bereit für den Wahlkampf
- 10/11 Für eine harte, aber faire Migrationspolitik
- 12 Wasserpolitik als Chance für die Schweiz
- 13 Budget-Versicherung gegen den Prämienanstieg
- 14/15 So machen Freisinnige die Schweiz stark
- 16/17 20 Jahre Schuldenbremse
- 18/19 1000 Freisinnige am Tag der FDP in Fribourg
- 20/21 Europas Niedergang bedroht uns
- 22 Ausblick auf die Herbstsession
- 23 Vermischtes



**Wer liberale Lösungen will,
wählt FDP**

Gemeinsam machen wir die Schweiz stark

Liebe Freisinnige

Wir gehen mit vereinter und geballter Kraft in die Wahlen! Die freisinnige Politik bildet die Festung gegen linke Umverteilung, grüne Verbote, konservative Bewegungslosigkeit und rechtsnationale Abschottung. Das Erfolgsmodell Schweiz steht im In- und Ausland unter Druck. Links-grüne Parteien wollen unsere Unternehmen kaputtregulieren und stehen dem technologischen Fortschritt im Weg. Konservativen mangelt es an Mut und Weitsicht, um die notwendigen Reformen anzupacken. Wir halten dagegen und erarbeiten Lösungen, damit die Schweizerinnen und Schweizer auch morgen in Wohlstand und Freiheit leben können.

Start in die heisse Phase des Wahlkampfes

Am Tag der FDP vom 2. September starteten wir fulminant in die heisse Phase des Wahlkampfes. Im Kreise der freisinnigen Familie machten wir uns auf eine Reise durch die Geschichte der liberalen Kräfte in der Schweiz. Seit 1848 trägt die FDP in allen Institutionen Verantwortung; seit 175 Jahren gestaltet der Freisinn unsere Willensnation wie keine andere Kraft mit. Wir verbinden seit jeher Fortschritt mit Geschichte und Tradition. Wir stehen für Stabilität, Verlässlichkeit und Rechtssicherheit.

Anpacken und die Schweiz stark machen

Der Wohlstand für die Menschen in der Schweiz fällt nicht vom Himmel, sondern muss tagtäglich

erarbeitet werden. Dafür kämpfen wir! Wir kämpfen für eine starke und innovative Wirtschaft, für gesicherte Sozialwerke sowie Sicherheit und Versorgungssicherheit für alle. Wir gehen die Herausforderungen unserer Zeit mit Mut und Zuversicht an, um die Zukunft aktiv zu gestalten. Die Krisen der letzten Jahre zwingen uns zu mehr Realitäts-sinn; sie haben gezeigt, dass Freiheit, Gemeinsinn und Wohlstand keine Selbstverständlichkeit sind.

Sie und ich – wir alle werden an den kommenden Podiumsdiskussionen, Interviews und Standaktionen den Menschen im ganzen Land unsere liberalen Lösungswege aufzeigen, darüber diskutieren und debattieren. Wer den Wohlstand in unserem Land erhalten will, wählt FDP. Wem eine sichere und zukunftsfähige Altersvorsorge wichtig ist, wählt FDP. Wer eine sichere, international vernetzte Schweiz und jederzeit genug und bezahlbaren Strom will, der wählt FDP!

Menschen, die anpacken, machen die Schweiz stark.

Machen wir gemeinsam die Schweiz stark!

Ihr Thierry Burkart

Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz

«Erklären und überzeugen ist wichtig!»

Petra Gössi – unser grösster Trumpf

Der FDP-Ständeratssitz ist zum Greifen nah: Mit Petra Gössi steigt unser grösster Trumpf in den Wahlkampf um einen der beiden Sitze. Wichtig ist deshalb, dass die FDP-Familie mit Überzeugung wählen geht und das gesamte Umfeld mobilisiert wird.

Warum eine Doppelkandidatur?

In anderen Kantonen ist es gang und gäbe, dass Nationalrätinnen und Nationalräte gleichzeitig für beide Kammern kandidieren. «Es geht darum, den Nationalratssitz nicht aufs Spiel zu setzen. Denn alleine für den Ständerat zu kandidieren, könnte als Überheblichkeit ausgelegt werden», erklärt Nathalie Henseler, Wahlkampfleiterin der FDP Kanton Schwyz. Mit den Stimmen für Petra Gössi auf der Nationalratsliste wird der Parteisitz gesichert.

Wie richtig wählen?

Es müssen zwei Zettel ins Kuvert gesteckt werden: Einer für den Nationalrat und einer für den Ständerat. Das im März vom Volk angenommene neue Wahlsystem betrifft die Ständeratswahlen. Neu gibt es dort nur noch einen Wahlzettel, auf dem alle

Namen der Kandidierenden aufgeführt sind. Auf dem Ständeratzettel dürfen also maximal zwei Personen angekreuzt werden, sonst ist er komplett ungültig. Für die FDP-Wählenden bedeutet das: Petra Gössi ankreuzen! Bei den Nationalratswahlen ändert sich nichts: FDP-Wählende werfen den Zettel mit der Listennummer 2 oder eine unserer anderen Nebenlisten ein.

Wie stehen die Chancen?

Durch den Rücktritt von Alex Kuprecht wird ein Sitz frei, d. h., Petra Gössi kämpft um einen frei werdenden Sitz. Als ehemalige nationale Parteipräsidentin ist sie aktuell die profilierteste Politikerin des Kantons Schwyz, profiliert als ihre Konkurrentinnen und Konkurrenten. Und als Nationalrätin ist der Ständerat für sie der nächste logische Schritt.

Über alles gesehen stehen die Chancen für sie als bürgerliche Frau sehr gut, gewählt zu werden – wenn die Liberalen zusammenstehen.

Wie können wir uns alle einsetzen?

Zum einen trägt jede einzelne Kandidatin und jeder einzelne Kandidat unserer Listen dazu bei, dass möglichst viele Leute aus unserem Umfeld wählen gehen. Zum andern ist es genauso wichtig, die Wahlen zu thematisieren und darüber zu sprechen. «Wir müssen erklären, worum es geht, und überzeugen, weshalb es wichtig ist, Petra Gössi und die Liste 2 unbedingt zu wählen – dann werden wir einen historischen Wahlsonntag erleben!», sagt Nathalie Henseler abschliessend.

FDP.Die Liberalen Kanton Schwyz

FDP
Die Liberalen

Wir machen Schwyz stark!

In den Nationalrat

22. Oktober 2023

Urs Rhyner

Petra Gössi
auch in den Ständerat

Heinz Theiler

Julia Cotti

Liste 2

Angelina Schmid, hier beim Kunststoffschweissen einer Stossstange, macht im Betrieb von Heinz Theiler die Lehre als Carrosseriespenglerin.



«Die Lernenden brauchen eine Lobby»

Heinz Theiler setzt sich für die Berufslehre ein

Die duale Berufsausbildung ist eine wichtige Säule der Bildungslandschaft. Sie bietet eine praxisnahe Ausbildung, schafft vielseitige Karrieremöglichkeiten und trägt zur geringen Jugendarbeitslosigkeit bei. Der Goldauer Heinz Theiler will sich als Nationalrat für dieses Erfolgsmodell starkmachen.

Er ist ein Verfechter des dualen Bildungssystems, Carrosseriemeister Heinz Theiler, Präsident des Kantonal Schwyzerischen Gewerbeverbands (KSGV), Mitglied des Vereins Berufsbildung Zentralschweiz und Lehrmeister. Was begeistert den 52-Jährigen an der klassischen Berufslehre? «Ich bin felsenfest überzeugt, dass sie eines der grossen Erfolgsrezepte der Schweiz ist, weil wir Jugendliche dadurch rasch in den Arbeitsprozess integrieren», sagt er.

Gleichwertige Alternative zum Studium

Im Kanton Schwyz zeigt sich die Anzahl abgeschlossener Lehrverträge stabil. Per 1. August 2023 waren es 1120 und damit 30 Verträge mehr als im Vorjahr. Gleichzeitig blieb die Maturitätsquote über die letzten Jahre im Kanton Schwyz praktisch unverändert. Theiler: «Die Berufslehre geniesst demnach grosse Akzeptanz und kann sich gegenüber dem gymnasialen Weg behaupten.» Trotzdem wurden vor allem im Bau- und Gebäudetechnikbereich, im Gastgewerbe sowie im Detailhandel

auf den Sommer 2023 sehr wenige Lehrverträge abgeschlossen.

Vermeehrt Frauen in technischen Berufen

Theiler selbst bildet in seinem Betrieb in Goldau zurzeit zwei Frauen zu Carrosseriespenglerinnen aus. Die beiden arbeiten seit dem ersten Tag im Unternehmen mit und sammeln erste Erfahrungen. Im Berufsschulunterricht erwerben sie das nötige theoretische Wissen. «Diese praxisnahe Ausbildung ermöglicht ihnen, die erlernten Fähigkeiten direkt anzuwenden und einen Einblick in die echten Abläufe und Herausforderungen ihres Berufsfeldes zu bekommen», erklärt Theiler. «Das ist einzigartig in der Welt.»

Ein weiteres Plus der Berufslehre: Sie bietet eine Vielzahl an beruflicher Weiterentwicklung. Wer nach Abschluss der Lehre nicht im erlernten Beruf weiterarbeiten möchte, bereitet sich durch Weiterbildungen oder Studium auf neue Karrieremöglichkeiten vor. Insgesamt schafft das duale Bildungssystem also eine Win-win-Situation für Ler-

nende und Unternehmen: Es bietet eine praktische Ausbildung, die auf die Bedürfnisse der Wirtschaft zugeschnitten ist, und trägt so zur Entwicklung von Fachkräften bei.

Grosser Einsatz der Lehrbetriebe

Rund 70 Prozent aller Lernenden werden in KMU ausgebildet. «Ohne die Bereitschaft und den Einsatz der Lehrbetriebe, neben ihrer täglichen Arbeit auch noch den eigenen Berufsnachwuchs auszubilden, gäbe es bald keine duale Berufsbildung mehr. Diese Tatsache gilt es immer wieder hervorzuheben, wenn es darum geht, die Berufsbildung für die Zukunft zu gestalten», sagt Theiler mit Blick auf gewisse Bildungsideen oder Änderungswünsche von Bundesstellen. «Die Berufsbildung und -entwicklung muss in unseren Händen bleiben, dazu müssen wir Sorge tragen.»

Der passionierte Gewerbler wünscht sich, dass Politik und Gesellschaft das Engagement für die Berufsbildung mehr anerkennen. «Viele sind sich bewusst, welch gewaltige Arbeit in den Betrieben und Berufsverbänden hier für die Jugend geleistet wird. Als Nationalrat in Bern will ich mich deshalb für diese Interessen einsetzen, denn auch die Lernenden brauchen eine Lobby.»

FDP.Die Liberalen Kanton Schwyz

Abschluss der Wanderserie auf der Alp Laui, Stoos, v. l.:

Karl Camenzind, Kantonsrat, Reto Casagrande und Peter Dettling, beide Kandidierende für den Nationalrat, und Petra Gössli, Nationalrätin (alle FDP).



Wandern mit Petra Gössli

«Es war cool, gemeinsam etwas zu unternehmen»

Die Wahlveranstaltung der besonderen Art war ein voller Erfolg. Auf 6 Routen durch 6 Bezirke an 6 Terminen hatten Interessierte die Möglichkeit, mit Ständeratskandidatin Petra Gössli durch den Kanton Schwyz zu wandern.

«Die Aktion kam sehr gut an. Ich bekomme bis heute sehr viele positive Feedbacks. Grundsätzlicher Tenor ist, dass es eine neue Idee ist und dass es cool sei, gemeinsam etwas unternehmen zu können», kommentiert Petra Gössli den Erfolg der Anlässe. «Auf jeder Strecke war jemand dabei, der sich in der Region gut auskannte. So erhielten wir immer auch Insiderwissen und Informationen, die ich noch nicht kannte. Oder ist Ihnen bekannt, dass die Linthebene die grösste Ebene der Schweiz ist? Ich dachte immer, diese sei im Mittelland», so Petra Gössli weiter.

Niederschwelliges Angebot

Viele Teilnehmende hätten ihr gesagt, dass sie noch nie an einer politischen Veranstaltung waren, weil sie in der Politik nicht drauskommen und an einer politischen Veranstaltung auch gar nicht wüssten, worüber sie mit den anderen Anwesenden sprechen sollten. Bei einer Wanderung sei dies aber ganz anders. Und sie getrauten sich, ihre Fragen zur Politik zu stellen. «Es ist wichtig, den Zugang zur Politik sehr einfach zu gestalten. Viele interessieren sich dafür, haben aber keine Lust auf politische Veranstaltungen. Es ist Aufgabe der Politike-

rinnen und Politiker, auch diese Menschen abzuholen. So können wir auch die Wahl- und Stimmbeteiligung erhöhen», ist Petra Gössli überzeugt.

Die Wandertour fand ihren krönenden Abschluss am 6. September auf der Alp Laui auf dem Stoos.

FDP.Die Liberalen Kanton Schwyz



Zwischen Schindellegi und Rossberg. Bei jeder Wanderung waren zwischen 27 und 37 Personen mit Petra Gössli unterwegs.



Am Schluss jeder Wanderung wurde gemütlich eingekehrt, wie hier im Restaurant Krone bei de Tüfelsbrugg in Egg.

«Nebenlisten können entscheidend sein»

1 Haupt- + 6 Nebenlisten



FDP
Die Liberalen

Liste 18



Wir setzen uns als
Boomers für die Jugend
im Nationalrat ein!

Wir machen
Schwyz stark!

Deine Freiheit für den NATIONALRAT!

WENIGER STAAT MEHR FREIHEIT

Weniger Papierkram.
Konsequente Asylpolitik.
Sichere Energieversorgung.
Nachhaltige Altersvorsorge.



Liste 26. Deine Stimme für die Zukunft. Für Schwyz.

Jungfreisinnige
Kanton Schwyz

FDP
Die Liberalen

Liste 17



Wir wollen mit
Innovation und Nachhaltigkeit
in den Nationalrat!

Wir machen
Schwyz stark!

FDP
Die Liberalen

Liste 15



Wir wollen für das
Schwyzzer Gewerbe
in den Nationalrat!

Wir machen
Schwyz stark!

FDP
Die Liberalen
Frauen

Liste 25



Die FDP Frauen Kanton Schwyz empfehlen:
Mehr Frauen nach Bern
in den Nationalrat!

Wir machen
Schwyz stark!

FDP
Die Liberalen

Liste 16



Wir vertreten die gesunden
Schwyzzer Finanzen
im Nationalrat!

Wir machen
Schwyz stark!

Die direkte Demokratie wird immer zuerst genannt, wenn es darum geht, was die Schweiz so einzigartig macht. Dass diese Demokratie nur funktioniert, wenn sich ganz viele Freiwillige dafür in den Parteien engagieren, wird dabei aber oft ausgeblendet.

«Als Wahlkampfleiterin freut es mich deshalb enorm zu sehen, wie viele Parteimitglieder sich für unsere Nationalratslisten zur Verfügung stellen und wie schnell die Listen gefüllt waren», sagt Nathalie Henseler. «Die Stimmung ist super! Die Mitglieder sind bereit, sich voll einzusetzen, um diesen Ständeratssitz zu holen», ergänzt sie.

Um bei den Wahlen zu triumphieren, ist eines zentral: «Jede Stimme zählt! Um das zu erreichen, sind die Kandidierenden der Nebenlisten entscheidend. Sie können ihr persönliches Umfeld mobilisieren und im besten Fall neue Wählerinnen und Wähler gewinnen», erklärt Henseler.

Wie entscheidend Nebenlisten für Gewinn oder Verlust eines Sitzes im Kanton Schwyz sein können, hat die FDP bei den Wahlen 2003 und 2007 schmerzlich erfahren müssen.

Liken und
Teilen
erwünscht!

Unterstützen Sie uns!

Social Media sind wichtige neue Kommunikationskanäle, die den klassischen Wahlkampf ergänzen.

Sie haben wesentlichen Einfluss auf die Meinungsbildung beziehungsweise die Wahlthemen. Auch die FDP Kanton Schwyz nutzt die riesige Chance, mit eigenen Inhalten gezielt bestehende und potenzielle Wählerinnen und Wähler zu erreichen, überzeugen und mobilisieren. Wir kommunizieren

AGENDA

16. September, 9 bis 12 Uhr, Standaktion mit unseren Nationalratskandidaten, Sennhofplatz, Einsiedeln

21. September, 19.30 Uhr, Delegiertenversammlung FDP Kanton Schwyz

23. September, Herbstanlass
Hier geht's zur Anmeldung:



29. September bis 1. Oktober, GEWA Einsiedeln

1. Oktober, Herbstmärt Freienbach

4. Oktober, Herbstanlass FDP Tuggen

6. bis 8. Oktober, Gwärb23, Gewerbeausstellung Arth-Goldau

22. Oktober, Wahl- und Abstimmungssonntag

24. Oktober, 19.30 Uhr, Delegiertenversammlung FDP Kanton Schwyz

13. November, 19.30 Uhr, Ortsparteiprääsidentenkonferenz

Bitte beachten Sie: Terminanpassungen werden auf unserer Website unter www.fdp-sz.ch/aktuell/agenda nachgeführt, hier finden Sie immer die aktuellen Termine. Weitere Veranstaltungshinweise finden Sie auf den Websites der Ortsparteien. Aktuelles entnehmen Sie der Website: www.fdp-sz.ch.

regelmässig auf Instagram und Facebook. Haben Sie unsere Kanäle schon abonniert? Sie finden diese unter www.fdp-sz.ch. Unterstützen Sie uns, indem Sie unsere Beiträge liken, teilen und kommentieren.



Märcbler Fladen von Julia Cotti, Nationalratskandidatin und Vorstandsmitglied der FDP Frauen Kanton Schwyz

Ich stehe sehr gerne in der Küche und koche. Noch lieber backe ich Kuchen oder kreierte Desserts, meistens alles à la «Handgelenk mal Pi». Dieses Rezept stammt von meiner Grossmutter.

Für den Märcbler Fladen wird benötigt:

1 Blätter- oder Kuchenteig
Birnenkreuz (wird aus Dörrobirnen gemacht bzw. auch für «Birewegge» verwendet)

Für die Gilbi (Guss):

4 dl Rahm
1½ Esslöffel Honig oder Birnel
1 Teelöffel Birnenbrotgewürz
4 Esslöffel weisses Ribelmehl
1 Esslöffel Mehl
1 Messerspitze Backpulver

Backanleitung:

Ein Kuchenblech mit Blätter- oder Kuchenteig belegen. Mit dem Birnenkreuz bestreichen. Für den Guss (die Märcblerinnen und Märcbler sagen Gilbi) nimmt man 4 dl Rahm (nicht zu steif schlagen), 1½ Esslöffel Honig, 1 Teelöffel Birnenbrotgewürz begeben, alles gut mischen. 4 Esslöffel weisses Ribelmehl, 1 Esslöffel Mehl, 1 Messerspitze Backpulver zur Rahmmasse rühren. Alles auf den Teig streichen und backen.

Im vorgeheizten Backofen bei 180° für zirka 40 Minuten backen.

En Guete!



FDP

Die Liberalen

FDP Die Liberalen Schweiz, Alenengasse 20, 3011 Bern

Wir machen die Schweiz stark!

**Kraftwerke bauen.
Blackouts verhindern.**

Die Umsetzung der Energiestrategie 2050 ist gescheitert. Die Stromimporte aus dem Ausland entpuppten sich als links-grüne Illusion. Zudem blockieren Umweltverbände noch heute den Ausbau von Wasser-, Solar- und Windkraftwerken in der Schweiz und torpedieren den Weiterbetrieb der Kernkraftwerke. Diese Politik führt in den Blackout! **Wer mehr Strom will, wählt FDP.**

www.fdp.ch/strom

FDP

wählen!



Hol dir dein persönliches Video!

Jetzt für die FDP mobilisieren

Für die Schlussphase des Wahlkampfs hat die FDP ein innovatives Videoprojekt lanciert. Wer sich jetzt registriert, erhält nächste Woche von Parteipräsident Thierry Burkart ein persönliches Video.

In weniger als sechs Wochen finden die eidgenössischen Wahlen statt. Die FDP und ihre über 600 Kandidierenden in allen Kantonen kämpfen bis am 22. Oktober für mehr freisinnige Politik in Bundesbern, damit das Erfolgsmodell Schweiz auch in Zukunft Bestand hat. In der heissen Phase des Wahlkampfs ist die Mobilisierung unglaublich wichtig. Jetzt gilt es, alle Parteimitglieder, freisinnig denkende und FDP-nahe Menschen in der Schweiz davon zu überzeugen, FDP zu wählen. Als Partei, die für Innovation und Technologieoffenheit steht, nutzt die FDP hierzu ein neues Instrument.

dern geht auch auf die spezifischen Verhältnisse in deinem Kanton ein. Gerade in den Ständeratswahlen winkt der FDP die Möglichkeit, stärkste Partei in der kleinen Kammer zu werden. Dafür treten eine Vielzahl engagierter Kandidierender an, die im personalisierten Video ebenfalls präsentiert werden. Ab sofort kannst du dein persönliches Video bestellen und es an deine Freunde, Bekannten und Familienmitglieder schicken, damit sie sich auch registrieren. Gemeinsam treten wir eine freisinnige Welle los, damit die FDP am 22. Oktober Wahlsiegerin wird.

Thierry Burkart für dich

Registriere dich jetzt, dann erhältst du nächste Woche ein persönliches Video von Parteipräsident Thierry Burkart. Sag uns, für welche Themen du dich interessierst, und Thierry Burkart erzählt dir, welche Lösungen die FDP bereithält. Thierry Burkart nennt dich nicht nur beim Namen und spricht über die Themen, die dir wichtig sind, son-



QR-Code scannen und persönliches Video bestellen.

«In der heissen Phase des Wahlkampfs ist die Mobilisierung unglaublich wichtig.»



Medienkonferenz zur Migrationspolitik in Bern. Fotos: Jannik Kaiser



Für eine realistische Migrationspolitik

FDP-Lösungen für eine massvolle Zuwanderung mit Zukunft

Die FDP will eine harte, aber faire Migrationspolitik, die die humanitäre Tradition der Schweiz wahrt. Im August besuchte eine FDP-Delegation Chiasso, um sich vor Ort über die herausfordernde Situation zu informieren. Eine Woche später präsentierte die FDP an einer Medienkonferenz in Bern ihre Forderungen für eine realistische Migrationspolitik.

Die starke Zuwanderung beziehungsweise deren Auswirkungen auf Infrastrukturen, Wohnungsverfügbarkeit und Sicherheit beschäftigt und fordert nach Massnahmen. Eine massvolle Einwanderungspolitik und sichere Beziehungen zur Europäischen Union gehören zu den Prioritäten der FDP. Für die Bekämpfung des Arbeiterkräftemangels ist es wichtig, dass die Schweiz auch in Zukunft auf hochqualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland zählen kann. Die humanitäre Tradition ist ein wichtiger Pfeiler unseres Landes. Gleichzeitig muss das Asylwesen vor Missbräuchen geschützt werden, das heisst: bestehende Gesetzgebung konsequent vollziehen, Sozialtourismus bekämpfen, die Einwanderung aus Drittstaaten beschränken und Missstände im Asylbereich beheben.

Asylsystem braucht langfristige Akzeptanz

Das Asylgesetz ist im Grunde gut, die Anwendung durch das EJPD jedoch nicht. So weigert sich Italien seit Dezember 2022, das Dublin-Abkommen einzuhalten und Asylsuchende zurückzunehmen. Dem EJPD gelang es bisher nicht, die Situation zu deblockieren. Die Kantone sind die Leidtragenden, die Unterkünfte für Personen finden müssen, die eigentlich nach Italien zurück gehören. Deshalb fordert die FDP mittels Motion, dass die Schweiz Allianzen mit anderen Ländern bilden muss, um Druck auf Italien auszuüben. Problematisch ist ebenfalls, dass Asylsuchende nicht im ersten Aufnahmeland ein Gesuch stellen, sondern ein anderes bzw. besseres Zielland auswählen. Diese sekundäre Migration widerspricht dem Gesetz und muss

umgehend gestoppt werden. Die FDP wurde bereits mit einem Fraktionsvorstoss aktiv. Eritrea weigert sich seit Jahren, abgewiesene Asylsuchende aus der Schweiz zurückzunehmen. Weil diese in der Schweiz keinen Schutz benötigen, aber das Asylsystem stark belasten, fordert die FDP, dass der Bundesrat aktiv wird. Hierzu soll ein Pilotprojekt lanciert werden, um abgewiesene Eritreer in ein Drittland schicken zu können. Der Ständerat hat den dringenden Handlungsbedarf bereits erkannt und die FDP-Motion angenommen.

Personenfreizügigkeit mit Augenmass

Die Schweiz braucht Zuwanderung und auch das inländische Arbeitskräftepotenzial, um ihr Niveau auf dem Arbeitsmarkt zu halten. Gerade auch, weil in den nächsten Jahren Hunderttausende Erwerbstätige aus der Babyboomer-Generation in den Ruhestand gehen. Aufgrund dessen fehlen uns bis 2040 eine halbe Million Arbeitskräfte. Diese Lücke lässt sich nicht ohne die Zuwanderung füllen. Unternehmen leiden schon heute unter einem gravierenden Fachkräftemangel, der mittlerweile eigentlich ein Arbeitskräftemangel ist. Dass die

«Die Schweiz braucht Zuwanderung und auch das inländische Arbeitskräftepotenzial, um ihr Niveau auf dem Arbeitsmarkt zu halten.»

SVP in dieser Situation gegen die Personenfreizügigkeit kämpft, ist zweckwidrig und unverständlich für die Schweizer Unternehmen und unser Wohlstand. Die SVP-Initiative ist nichts anderes als die Wiederholung der Kündigunginitiative, die 2020 mit über 60 Prozent abgelehnt wurde. Statt gegen jegliche Zuwanderung zu sein und eine unhaltbare Angst vor Fremden zu schüren, setzt die FDP auf pointierte und konkrete Lösungsvorschläge. Die Individualbesteuerung und die Renteninitiative reduzieren den Zuwanderungsdruck, weil das inländische Arbeitskräftepotenzial besser ausgeschöpft wird. Damit die Infrastruktur mit dem Bevölkerungswachstum Schritt hält, braucht es gezielten Ausbau auf der Strasse und auf der Schiene. In der Wohnbaupolitik braucht es schnellere Bewilligungen und weniger Vorschriften. Hier stehen insbesondere die links-grün regierten Städte in der Verantwortung.

Kantone nicht im Stich lassen

Vielerorts leiden Kantone und Gemeinden unter den steigenden Migrationszahlen. Ein Beispiel ist die Tessiner Grenzstadt Chiasso, wo Asylsuchende des nahen Bundesasylzentrums für Probleme und Kleinkriminalität sorgen. Das darf nicht sein. Die FDP fordert deshalb eine Taskforce Asyl, die die Zusammenarbeit und die Koordination zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden verbessern soll. Zudem braucht es die Möglichkeit einer angeordneten Verlegung, wenn sich Asylsuchende ausserhalb der Bundesasylzentren nicht an die öffentliche Ordnung halten. Die FDP will ausserdem wissen, wie bestehende Asylunterkünfte besser genutzt werden können und welche Alternativlösungen in Betracht gezogen werden können. Das EJPD steht hier in der Pflicht, langfristige Strategien mit Einbezug der nötigen Organe zu entwickeln.

Humanitäre Tradition aufrechterhalten

Mit der Aufnahme von über 60 000 Ukraine-Flüchtlingen hat die Schweiz seit März 2022 einen Kraftakt vollbracht und das Asylsystem vor einer Überlastung verschont. Der Schutzstatus S wurde erstmals aktiviert und hat sich weitgehend bewährt. Die FDP setzt sich dafür ein, dass der Schutzstatus S weiterhin rückkehrorientiert ausgestaltet und gegebenenfalls angepasst wird. Ein wichtiges Instrument sind auch Migrationspartnerschaften. Die FDP fordert eine Neuausrichtung, weil Migrationspartnerschaften helfen, Migration und Rückführungen besser zu steuern. Auf europäischer Ebene laufen derzeit Bestrebungen, den Migrationspakt zu reformieren. Die FDP hat eine Reihe von Fragen an den Bundesrat gestellt und will wissen, wie Schweizer Anliegen dort eingebracht werden können.



Eine namhafte FDP-Delegation tauschte sich in Chiasso mit den Lokalbehörden aus.

Die Schweiz hat mehr als 1500 Seen, der Vierwaldstättersee ist einer der bekanntesten. Foto: iStock/Michal Stipek



Herausforderungen der Wasserbewirtschaftung

Die Schweiz kann eine Vorreiterrolle übernehmen

Inmitten der stillen Schönheit kristallklarer Seen und majestätischer Berge verkörpert die Schweiz eine atemberaubende natürliche Pracht. Doch hinter dieser idyllischen Kulisse verbergen sich komplexe Herausforderungen im Bereich der Wasserbewirtschaftung.

Im Zentrum der schweizerischen Wasserpolitik liegt ein delikates Gleichgewicht zwischen dem steigenden Energiebedarf und dem Erhalt der Umwelt. Das hydroelektrische Erbe des Landes verdeutlicht diese komplexe Dualität. Zwischen wachsenden Energieanforderungen und dem Schutz empfindlicher Ökosysteme jongliert die Schweiz mit einer anspruchsvollen Gleichung. Strikte Vorschriften wie das Wasserrechtsgesetz werden erlassen, um Umweltauswirkungen zu minimieren und gleichzeitig die Wasservorkommen zu optimieren.

Ökologische und klimatische Herausforderungen

Doch die Herausforderungen enden hier nicht. Rasante Urbanisierung, zunehmende Industrialisierung und intensive Landwirtschaft üben enormen Druck auf die Wasserressourcen aus. Klimaveränderungen stören herkömmliche Niederschlagsmuster mit häufigeren Dürren und unregelmässigen Niederschlägen. Die Wasserqualität und Biodiversität sind durch Verschmutzung aus menschlichen Aktivitäten bedroht. Die Bewältigung von Überschwemmungen erfordert präventive Massnahmen und langfristige Planung, während internationale

Zusammenarbeit unerlässlich wird, um geteilte Flusseinzugsgebiete zu verwalten.

Ein Ansatz mit Fokus auf Daten und Innovation

Um in dieser komplexen Landschaft zu navigieren, setzt die Schweiz auf Innovation und Daten. Die präzise Erfassung von Informationen zur Wassernutzung in verschiedenen Sektoren wird entscheidend. Von der Landwirtschaft über die chemische Industrie bis hin zur Wasserkraft und den Privathaushalten spielt jeder Akteur eine Rolle beim Schutz dieser lebenswichtigen Ressource. In einer datengetriebenen Welt müssen schweizerische Unternehmen und Forschungszentren dazu beitragen, Daten-Erfassungssysteme für eine proaktive Wasserressourcenbewirtschaftung zu entwickeln.

Eine Plattform für internationale Kooperation

Dank ihrer Neutralität kann die Schweiz eine zentrale Rolle in der internationalen Zusammenarbeit spielen. Die Förderung bilateraler Abkommen mit anderen Nationen zur gemeinsamen Nutzung bewährter Verfahren und Technologien ist von wesentlicher Bedeutung. Eine globale, kooperative Wasserbewirtschaftung kann durch eine liberale

Vision und den Willen zur Zusammenarbeit gefördert werden.

Die Gestaltung einer nachhaltigen Zukunft

Zusammenfassend muss sich die Schweiz den Herausforderungen der Wasserbewirtschaftung mit wissenschaftlicher Präzision, kontinuierlicher Innovation und internationaler Zusammenarbeit stellen. Die Hindernisse sind real, aber die Schweiz kann in ihrer Bemühung um eine nachhaltige Wasserbewirtschaftung wesentliche Lehren für Nationen bieten, die ähnlichen Herausforderungen gegenüberstehen. Durch eine visionäre und pragmatische Perspektive kann die Schweiz den Weg für eine herausragende Wasserressourcenbewirtschaftung ebnen und so eine vielversprechende Zukunft für kommende Generationen gestalten.

Virginie Trachsel, Nationalratskandidatin BE





Für tiefere Prämien

FDP-Lösung erhält am meisten Kredit

Die «Budget-Versicherung» der FDP kommt bei Gesundheitsökonomen gut an. Das freut uns und zeigt, dass wir an den richtigen Stellschrauben ansetzen. Dass der Bundesrat den innovativen Vorschlag ablehnt, ist bedauerlich. Somit verlängert sich das Nichtstun unter Gesundheitsminister Berset, obwohl bei den Gesundheitskosten grosser Handlungsbedarf besteht.

Die Krankenkassenprämien dürften diesen Herbst um 7 bis 9 Prozent steigen. Um den Mittelstand zu entlasten, welcher keine Prämienverbilligungen erhält, fordert die FDP die Einführung eines Budget-Modells. Die Bevölkerung soll künftig die Möglichkeit erhalten, ihren Leistungskatalog freiwillig einzuschränken und dadurch Kosten zu sparen. Je nach Präferenz soll es möglich sein, auf Homöopathie zu verzichten, nur noch Generika zu verwenden, die freie Arztwahl einzuschränken (Aufhebung Vertragszwang) oder das elektronische Patientendossier verpflichtend zu verwenden. Das Ziel: 25 Prozent weniger Prämienlast.

Budget-Versicherung schneidet gut ab

Stefan Felder, Gesundheitsökonom der Universität Basel, teilt in einem Interview die Analyse der FDP, wonach die stete Ausweitung des Leistungskatalogs problematisch ist: «Schaut man sich den Leistungskatalog der OKP an, dann haben wir das Gegenteil einer Grundversicherung. Es ist eine

Vollversicherung für alles und alle, wie es sie sonst nirgends auf der Welt gibt.»

Auch der erfahrene Gesundheitsökonom Willy Oggier erkennt Potenzial beim FDP-Vorschlag und sagt gegenüber dem «Blick»: «Wenn die Versicherten tatsächlich freiwillig wählen können, welches Modell sie möchten, kann man das durchaus prüfen», sagt Gesundheitsökonom Oggier. «Entscheidend ist, was in der Budget-Variante drin ist. Hier hat man viel Spielraum.»

Vorschläge von SVP, Mitte und SP fallen durch

Schlechter kommen die «Ideen» der anderen Parteien weg: Vergangene Woche ertete die Mitte für ihre Kostenbremse-Initiative (welche eigentlich Rationierungsinitiative heissen sollte) zum wiederholten Mal öffentliche Kritik aus den eigenen Reihen: Alt Ständerat Konrad Graber führte in der NZZ aus, dass der durch die ehemalige CVP lancierte Vorschlag im besten Fall eine gute Debatte bewirke, die Probleme aber nicht löse. Dass der Vorschlag nicht mehr als billiges Marketing ist, erkennt man auch,

wenn man den Initiativtext liest – es heisst: Liegt die Steigerung der durchschnittlichen Kosten (...) über der Entwicklung der Nominallöhne (...), so ergreift der Bund in Zusammenarbeit mit den Kantonen **Massnahmen** zur Kostensenkung. Konkrete Vorschläge? Fehlanzeige. Lieber fordert die Mitte «Massnahmen», bleibt somit auf der Meta-Ebene und tut so, als würde die Politik nicht seit Jahren versuchen, das Problem der steigenden Kosten in den Griff zu bekommen. Als Massnahme Ultima Ratio bliebe wohl die Rationierung von Leistungen oder Wartezeiten, wie wir sie aus England kennen.

Ebenfalls deutlich durchgefallen ist bei Experten der extreme Vorschlag der SVP, das Obligatorium abzuschaffen. Bereits seit längerem sind sich die Fachleute darüber einig, dass der Vorschlag der SP, wonach die Prämienlast durch Steuergelder Ad Infinitum ausgeglichen werden sollen, keine Kosten senken werde.

Die FDP bleibt dran

Die FDP wird sich mit Nachdruck für die Budget-Versicherung einsetzen. Tiefere Prämien erreichen wir dank mehr Wahlfreiheit und innovativen Versicherungsmodellen. Ebenfalls werden wir uns für eine Stärkung des Wettbewerbs, für den Abbau von Fehlanreizen und für eine konsequente Digitalisierung des Gesundheitswesens einsetzen.

Andri Silberschmidt, Nationalrat ZH

Für eine starke Schweiz

Freisinnige bekennen Farbe

Die Schweiz lebt vom Engagement für die Gesellschaft. In einer grossangelegten Testimonial-Kampagne zeigen zahlreiche Freisinnige, wie sie die Schweiz stark machen – sei es im Beruf, in einem Ehrenamt oder anderswo. Die Auswahl zeigt, wie breit abgestützt die FDP in unserer Gesellschaft ist.



FDP Die Liberalen
Den Kindern aus dem Asylbereich die Normalität zurückgeben.
An der Kang, Ministerin beim Schweizerischen Patent Erfindung
So macht sich die Schweiz stark!

FDP Die Liberalen
Integrität, Hartnäckigkeit und Mut als Grundlage für Wohlstand und Lebenszufriedenheit vermitteln.
Sven Janssen, Experte für Energie Transparenz
So macht sich die Schweiz stark!

FDP Die Liberalen
Auch im Übermorgen denken! Macht sonst keiner.
Ludwig Linnig, LinkedIn CEO
So macht sich die Schweiz stark!

FDP Die Liberalen
Für die Digitalisierung und den Fortschritt im Dienste unserer Bevölkerung!
Martina Müller, Businessentwicklung CEO
So macht sich die Schweiz stark!

FDP Die Liberalen
Mit der konsequenten Digitalisierung lassen sich Prozesse effizienter gestalten sowie einen Mehrwert in den Dienstleistungen schaffen.
Thomas von Allmen, Leitung Informatiksysteme Management
So macht sich die Schweiz stark!

FDP Die Liberalen
Stärke bedeutet, sich selber verteidigen zu können.
Viktorija Babin, Finance, Juristin Julia Kottler, CEO
So macht sich die Schweiz stark!

FDP Die Liberalen
Mehr Sicherheit, mehr Strom, mehr Arbeitsplätze & mehr Wohnungen.
Hans-Joachim Borek, Präsident FDP Baden Fribourg und Schulratspräsident
So macht sich die Schweiz stark!

FDP Die Liberalen
Mit cleveren Ansätzen und nachhaltigen Lösungen in die Zukunft.
Dani Taralli, Unternehmerin und Lehrerin in Uni
So macht sich die Schweiz stark!

FDP Die Liberalen
Mehr Freiheit, weniger Staat!
Lies Marti, Kassier Jungvolkssange Kantons Thurgau
So macht sich die Schweiz stark!

FDP Die Liberalen
Für mehr Entwicklungspotenzial dank weniger Bürokratie, tieferen Steuern und Abgaben.
Moritz Frenkel, Unternehmer, 2. Vizepräsident Kantonsrat ZH
So macht sich die Schweiz stark!

FDP Die Liberalen
Engagiert in Politik, Wirtschaft, Familie, Sport - macht, was er sagt!
Philippe Doregale - Vereinspräsident, Geschäftsführungsgewinnler, Familienrat
So macht sich die Schweiz stark!

FDP Die Liberalen
Mit Nachhaltigkeit auf allen Ebenen - Wirtschaft, Bildung und Freizeit.
Beno Stamer-Kopp, Assistent der Geschäftsführung LPRD
Guy B. Fob
So macht sich die Schweiz stark!

FDP Die Liberalen
Mehr Gleichstellung, Individualbestreuung und die Renteninitiative unterstützt!
Yvonne Buehler, Präsidentin FDP Frauen SO
Christiane Buehler, FDP SO
So macht sich die Schweiz stark!

FDP Die Liberalen
Für mehr Entwicklungspotenzial dank weniger Bürokratie, tieferen Steuern und Abgaben.
Moritz Frenkel, Unternehmer, 2. Vizepräsident Kantonsrat ZH
So macht sich die Schweiz stark!

FDP Die Liberalen
Wirtschaft stärken, Wohlstand sichern!
Johannes Borek, Präsident FDP SO und Unternehmer
So macht sich die Schweiz stark!

FDP Die Liberalen
Unternehmertum für neue Arbeitsplätze.
Oliver Buehler, Inhabhaber Topex bei Inbetriebnahme des Starlink
So macht sich die Schweiz stark!

FDP Die Liberalen
Den jungen Menschen gehört die Zukunft, darum müssen sie gehört werden!
Tobias Frehner, der stark kommt der nächsten Generation
So macht sich die Schweiz stark!

FDP Die Liberalen
Wir lieben den Gemeinnutzen.
Ralfur Linderer, Privatbanker Familienrat Progress bei einer Selbstbestimmung
So macht sich die Schweiz stark!

FDP Die Liberalen
Politik mit Verstand statt Ideologie.
Werner Borek, FDP
So macht sich die Schweiz stark!

FDP Die Liberalen
Für eine Heimat mit Innovationskraft, Lebensqualität und Wir-Gefühl.
Franz Michael Gock, Journalist und Publizist bei SRG
So macht sich die Schweiz stark!

FDP Die Liberalen
Kultur hält unsere Gesellschaft zusammen.
Yvonne Buehler, Vorstand Angewandte Kunsthaus und Angewandte Designhochschule KUNST
So macht sich die Schweiz stark!

FDP Die Liberalen
Wir leisten einen Beitrag für eine bürgerzentrierte digitale Transformation der Gesellschaft.
Bernard Borek, Präsident einer Schweiz
So macht sich die Schweiz stark!

Bundesrätin Karin Keller-Sutter weiss um den Wert der Schuldenbremse. Fotos: Jannik Kaiser



Die doppelte Dividende der Schuldenbremse

Beitrag von Bundesrätin Karin Keller-Sutter

Die Schuldenbremse wird 20 Jahre alt. Finanzministerin Karin Keller-Sutter blickt in die Vergangenheit und in die Zukunft und würdigt dieses wichtige Instrument der Schweizer Politik.

Als Finanzministerin bin ich meinem Vorvorgänger im Amt, Kaspar Villiger, zu Dank verpflichtet. Dafür, dass er in schlaflosen Nächten gute Ideen hatte. Und mir damit zu einer guten Freundin in meinem Amt verholfen hat: der Schuldenbremse.

Aber was ist eine politische Idee wert, wenn sie nicht von der Gesellschaft getragen wird? Darum bin ich auch der Schweizer Stimmbevölkerung dankbar. Sie hat der Schuldenbremse am 2. Dezember 2001 mit fast 85 Prozent zugestimmt – und ihr damit eine aussergewöhnlich hohe demokratische Legitimität erteilt. Neue Ideen lösen immer auch Ängste aus. So wurde vor 22 Jahren vor einem «diabolischen Instrument» gewarnt, als der Nationalrat die Schuldenbremse debattierte. Gesagt wurde auch, dass die Schuldenbremse wie ein Autopilot sei. Statt Bundesrat und Parlament Sorge nun eine technokratische Formel für die Budgetpolitik.

So einfach wie genial

Doch die Schuldenbremse entbindet weder die Finanzministerin noch Bundesrat und Parlament von der Arbeit. Im Gegenteil. Sie diskutieren Jahr für Jahr intensiv über die Ausgaben- und die Einnahmepolitik des Staates. Das Parlament hat die Budgethoheit. Und es kann auch neue Ausgaben

beschliessen. Wenn wir aber neue Ausgaben beschliessen, müssen wir schauen, wie wir sie finanzieren können, ohne die Rechnung einfach den nachfolgenden Generationen zu hinterlassen. Und das ist natürlich der Clou der Schuldenbremse – er ist so einfach wie genial.

In der Debatte zur Schuldenbremse wurde damals auch die Befürchtung geäussert, dass sie zu einer Reduktion der Ausgaben führe und die Umverteilung gefährde. Auch diese Annahme lässt sich heute leicht widerlegen. Trotz Schuldenabbau sind die staatlichen Ausgaben in den letzten 20 Jahren von rund 50 Mrd. auf über 80 Mrd. gestiegen. Und sie werden übrigens auch im nächsten Jahr weiterwachsen. Es ist auch nicht so, dass die Schweiz ihre Investitionen vernachlässigt hätte. Die Investitionen haben in den letzten Jahren sogar stärker zugenommen als die Gesamtausgaben oder das Bruttoinlandprodukt.

Bewährungsprobe bestanden

Die Corona-Jahre waren eine wichtige Bewährungsprobe für die Schuldenbremse. Innert kürzester Zeit musste der Bundesrat den Leuten – vom Künstler bis zur Gewerblin – unter die Arme greifen, weil sie als Folge der zwar nötigen, aber natürlich weitreichenden Eingriffe des Staates in das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben

zum Teil in existenzielle Nöte gerieten. Allein im Jahr 2020 hat der Bund dafür zusätzliche Ausgaben von rund 15 Milliarden Franken getätigt, 2021 waren es noch einmal 14 Milliarden.

Und auch diesen Test hat die Schuldenbremse bestanden. Von Beginn an waren Mechanismen eingebaut, die dem Staat und der Politik eine gewisse Flexibilität erlauben. Wir waren daher auch in der Lage, die Ausgaben zu tätigen, die 2022 nötig wurden, nachdem Russland die Ukraine angegriffen hatte und Zehntausende ukrainische Menschen auch in der Schweiz Schutz suchten.

Ökonomen würden vielleicht von einer doppelten Dividende der Schuldenbremse sprechen. Sie sorgt erstens für eine nachhaltige Finanzpolitik und damit für Stabilität. Auch nach der Credit-Suisse-Krise und bevor die UBS im August auf die staatlichen Garantien verzichtete, bewerteten die Ratingagenturen die Kreditwürdigkeit der Schweiz weiterhin mit der Bestnote. Die zweite Dividende der Schuldenbremse ist ihr Beitrag an die staatliche Handlungsfähigkeit. Eine nachhaltige Finanzpolitik erlaubt es dem Staat, in der Krise schnell und wirkungsvoll zu handeln, ohne die Stabilität zu gefährden.

Wendepunkt naht

Wo stehen wir heute? Die Finanzplanung stellt uns vor Herausforderungen. Das liegt nicht daran, dass uns die Einnahmen wegschmelzen würden. Es liegt daran, dass wir mit einer Vielzahl neuer Ausgabenbegehren konfrontiert sind. Zum Teil sind sie eine Folge der jüngsten Krisen: Dazu ge-

Alt Bundesrat Kaspar Villiger gilt als Vater der Schuldenbremse.



«Ein neuer Ansatz»

Schuldenbremse dank Kaspar Villiger

«Spare in der Zeit, so hast du in der Not.»

hören die Pläne zur starken Erhöhung der Armeeausgaben. Dazu gehören aber auch die künftigen Kosten für den Wiederaufbau der Ukraine, an den auch die Schweiz einen Beitrag leisten müssen. Als Folge der demografischen Alterung werden zudem die Ausgaben der AHV weiterhin stark steigen.

Es gibt aber auch Tendenzen in der nationalen Politik, kantonale Aufgaben zu zentralisieren. Ich denke an die Prämienverbilligungen und an die Subventionierung der Fremdbetreuung von Kindern. Alles wird man nicht finanzieren können, ohne Reformen anzupacken oder eben Prioritäten zu setzen und anderswo Abstriche zu machen.

Zumal wir vermutlich an einem Wendepunkt stehen. Heute können wir uns unsere Schulden gut leisten. Aber das kann sich schnell ändern. 2021 kosteten uns die Schulden des Bundes noch 760 Millionen Franken. Nächstes Jahr dürften es aufgrund der gestiegenen Zinsen bereits 1,5 Milliarden sein.

Ich halte nichts von Schwarzmalerei. Mich besorgt zwar die gegenwärtige Entwicklung der Weltwirtschaft. Die jüngsten Krisen haben mich aber zuversichtlich gestimmt, dass wir auch künftige Herausforderungen meistern können. Und gerade darum sollten wir das Erreichte nicht leichtfertig aufs Spiel setzen.

In diesem Sinne überlasse ich das letzte Wort dem Volksmund, der bekanntlich besagt: «Spare in der Zeit, so hast du in der Not.»

Karin Keller-Sutter, Bundesrätin

Alt Bundesrat Kaspar Villiger gilt als Vater der Schuldenbremse. Er verantwortete als Finanzminister deren Einführung im Jahr 2003 und ist heute noch von der Wichtigkeit dieses Instruments überzeugt.

Wieso wurde die Schuldenbremse vor 20 Jahren nötig?

Ab Ende der 1980er-Jahre liess die Finanzdisziplin im Bundesrat und im Parlament nach. Innert sieben Jahren hat sich der Schuldenstand verdoppelt. Mir war klar, dass es einen neuen Ansatz braucht, nämlich einen Mechanismus, was passiert, wenn die Ausgaben aus dem Gleichgewicht geraten. Dank vereinten Kräften in meinem Departement gelang die Konstruktion der Schuldenbremse. Ich war froh, stimmte das Volk deutlich mit über 85 Prozent zu.

Was waren die Einwände gegen die Schuldenbremse?

Es gab Befürchtungen, dass die Schuldenbremse die Wirtschaftslage weiter verschlechtern könnte. Es geschah aber das Gegenteil, das Wachstum nahm zu. Ein anderer Einwand war, dass Infrastrukturen verlottern. Aber auch das traf nicht ein, der Investitionsanteil blieb gleich gross.

Gibt es die Schuldenbremse in 20 Jahren immer noch?

Wenn das Volk die Schuldenbremse nicht mittels einer Abstimmung aus der Verfassung streicht, was ich nicht glaube, wird es die Schuldenbremse

auch in 20 Jahren noch geben. Hierzu noch etwas Wichtiges: Die Schuldenbremse will ja nicht die Staatstätigkeit erschweren oder jemandem ein berechtigtes Anliegen verwehren, sondern will, dass der Staat stabil und langfristig finanziert ist. Das ist wichtig für den Wirtschaftsstandort und die Investoren.

«Wachstum, Wohlstand und Widerstandsfähigkeit.»

Die Schuldenbremse hat also auch in Zukunft ihre Berechtigung?

Gerade wenn wir wieder einmal eine Krise haben, brauchen wir Reserven, um diese Krise zu bekämpfen. Deshalb sage ich stets: Die Schuldenbremse ist ein wichtiger W.W.W.-Beschleuniger – nämlich Wachstum, Wohlstand und Widerstandsfähigkeit.

Interview: Julia Lüscher

Tag der FDP

Grosser Andrang am FDP-Shop. Fotos: Jannik Kaiser



1000 Freisinnige lancieren die heisse Phase des Wahlkampfes

Erfolgreicher Tag der FDP in Fribourg

Unser liberales Erfolgsmodell ist bedroht. Gegen diese Tendenz tritt die FDP mit einer Politik an, die anpackt und die richtigen Prioritäten setzt: innovative Wirtschaft, verlässliche Stromversorgung und sichere Renten. Der Tag der FDP in Fribourg unterstrich: Die FDP ist unverzichtbar als Motor für liberale Lösungen und den Wohlstand der Schweiz.



Die FDP ist bereit für einen intensiven Wahlkampf.



Die Foto-Box erfreute sich grosser Beliebtheit.



Die 150 anwesenden Kandidierenden waren mit personalisierten Hockeytrikots ausgerüstet.



Rund 1000 Freisinnige strömten in das Eishockeystadion von Fribourg-Gottéron.



Für Vizepräsidentin und Ständerätin Johanna Gapany war es ein Heimspiel.



Nationalrat Philippe Nantermod führte mit viel Elan durch den Vormittag.



Bundesrat Ignazio Cassis im Austausch mit Bundesrätin Karin Keller-Sutter, Fraktionspräsident Damien Cottier, Parteipräsident Thierry Burkart und Moderator Philippe Nantermod (von rechts).



Ständerat und Vizepräsident Andrea Caroni im Gespräch mit Vizepräsidentin Alessandra Gianella.



Vizepräsident und Nationalrat Andri Silberschmidt (rechts) sprach mit Matthias Müller, Präsident der Jungfreisinnigen, über die Notwendigkeit einer sicheren Altersvorsorge.



Parteipräsident Thierry Burkart betonte, dass die FDP für Aufbruch und nicht Stillstand steht.

Der lange wirtschaftliche Niedergang Europas bedroht uns

Ein Richtungswechsel tut not

Parteivizepräsident und Nationalrat zeigt auf, was der wirtschaftliche Kriechgang Europas für dramatische Auswirkungen hat. Die Schweiz muss sich aktiv dagegenstemmen, damit sie nicht in den gleichen Sog gerät.

«Die Europäer verarmen.» Dieser Titel des Artikels im «Wall Street Journal» vom 17. Juli ist nicht sehr ermutigend. Er sollte uns beunruhigen. Uns den Schlaf rauben. Aber niemand will der Realität in die Augen blicken. Die Zahlen sprechen für sich. Bis 2008 waren die Volkswirtschaften der Euro-Zone und der USA mit etwas mehr als 14 Billionen Dollar gleich gross. Fünfzehn Jahre später stagniert das europäische BIP. Das der USA ist auf über 25 Billionen Dollar gestiegen. Die Grössenordnungen mögen je nach Indikator etwas variieren, der Befund bleibt immer derselbe: Im vergangenen Jahrzehnt ist Europa buchstäblich aus den Fugen geraten. Die Schweiz, die sich rühmen konnte, weit über dem internationalen Durchschnitt zu liegen, geht leider den gleichen Weg wie die Euro-Zone und wird von den USA bedrängt. Wenn wir so weitermachen wie bisher, werden wir bis Ende des Jahrzehnts abgehängt sein. Was ist los mit uns?

Ein Sozialmodell, das überdacht werden muss

Liegt es am europäischen Sozialstaat, um den uns der Rest der Welt beneidet? Sicher ist, dass wir vor lauter Lob für seine unzähligen Vorzüge wohl vergessen haben, dass Wohlstand zuerst erarbeitet werden muss, bevor er verteilt werden kann. Und hier steht die Schweiz ihren Nachbarn in nichts nach. In der Berichtsperiode haben wir ein gutes Dutzend neuer Sozialversicherungen eingeführt oder bestehende ausgebaut. Die Sozialausgaben pro Kopf sind in dieser Zeit um ein Drittel gestiegen.

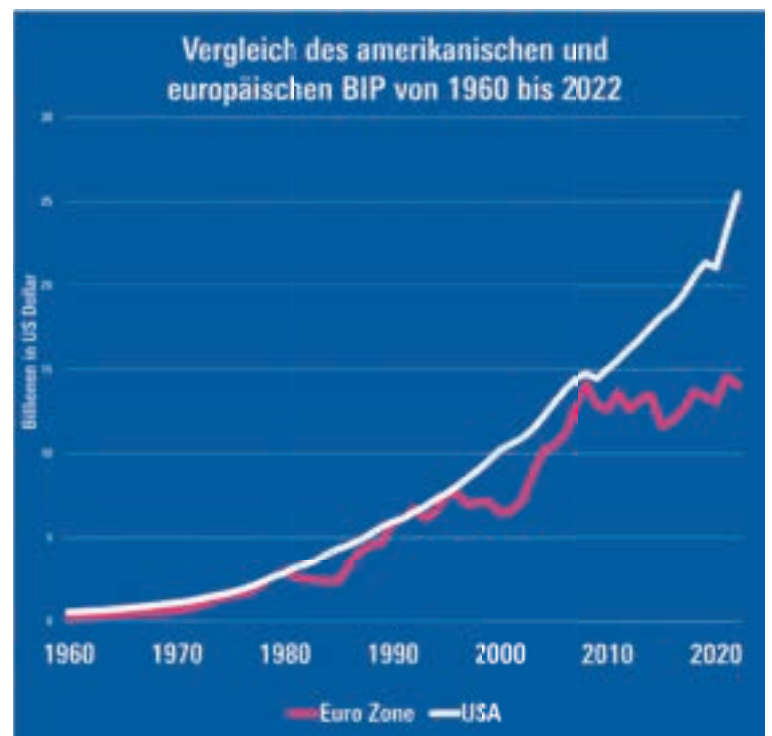
Ohne unser Sozialmodell demontieren zu wollen, ist die Maschinerie ins Stottern geraten. Bei jedem Problem findet sich ein wachsamer Geist, der darauf hinweist, dass das Leben in der Schweiz ohne diese oder jene zusätzliche Ausgabe unmöglich geworden ist. Wenn die Schweden, die Spanier oder die Österreicher einen Urlaub oder ein Sozial-

werk eingeführt haben, dann brauchen wir das auch. Und zwar sofort. Es ist, als lebten wir in einer Vision aus Émile Zolas Albträumen und warteten auf den nächsten Sozialurlaub. Und wenn Sie den Fehler machen, zu sagen, dass es bis jetzt nicht möglich war, den Vaterschaftsurlaub auszuweiten, oder dass es nicht lebenswichtig ist, überall Bindenspender aufzustellen, dann wird man Ihnen sagen, dass ein so reiches Land wie die Schweiz sich diese kleinen Dinge leisten kann. Die jüngsten Entwicklungen in unserer Wirtschaft zeigen, dass dies vielleicht nicht so selbstverständlich ist.

Aber es gibt nicht nur Urlaub, sondern auch Arbeit. In unserer Gesellschaft wird Teilzeitarbeit fetischisiert und die 45-Stunden-Woche als Relikt aus den schlimmsten Zeiten der Geschichte dargestellt. In den Medien wird regelmässig die 4-Tage-Woche propagiert, in Deutschland wird über ein Gesetz zur Einführung eines Rechts auf Siesta diskutiert und die Gewerkschaften fordern lautstark neue Ferienwochen. Können wir uns vorstellen, dass unsere Konkurrenten ernsthaft über das bedingungslose Grundeinkommen und das Recht auf Faulheit diskutieren? Vielleicht am ersten April. Wenn Europa und die Schweiz aufwachen wollen, müssen sie sich einen Ruck geben und die Arbeit wieder ins Zentrum ihrer Werte stellen.

Überregulierung ist ein Innovationskiller

Emma Marcegaglia, die ehemalige Präsidentin des italienischen Arbeitgeberverbandes Confindustria, hat einmal gesagt: Wenn eine Innovation kommt, machen die Amerikaner daraus ein Geschäft, die Chinesen kopieren und die Europäer regulieren. Wenn dieser Satz zum Lachen war, kann er uns heute zum Weinen bringen. Die Feststellung schreit zum Himmel. Wie viele Smartphones aus Europa gibt es? Wie viele europäische Einhörner im Bereich der erneuerbaren Energien? Wie viel KI-Software wird in Europa programmiert? Wer ist führend bei Elektrofahrzeugen, Raumfahrt und Streaming-Plattformen? Wer liegt in der Genforschung vorne? Wer treibt die Kern-



fusion voran? Die Liste liesse sich beliebig verlängern.

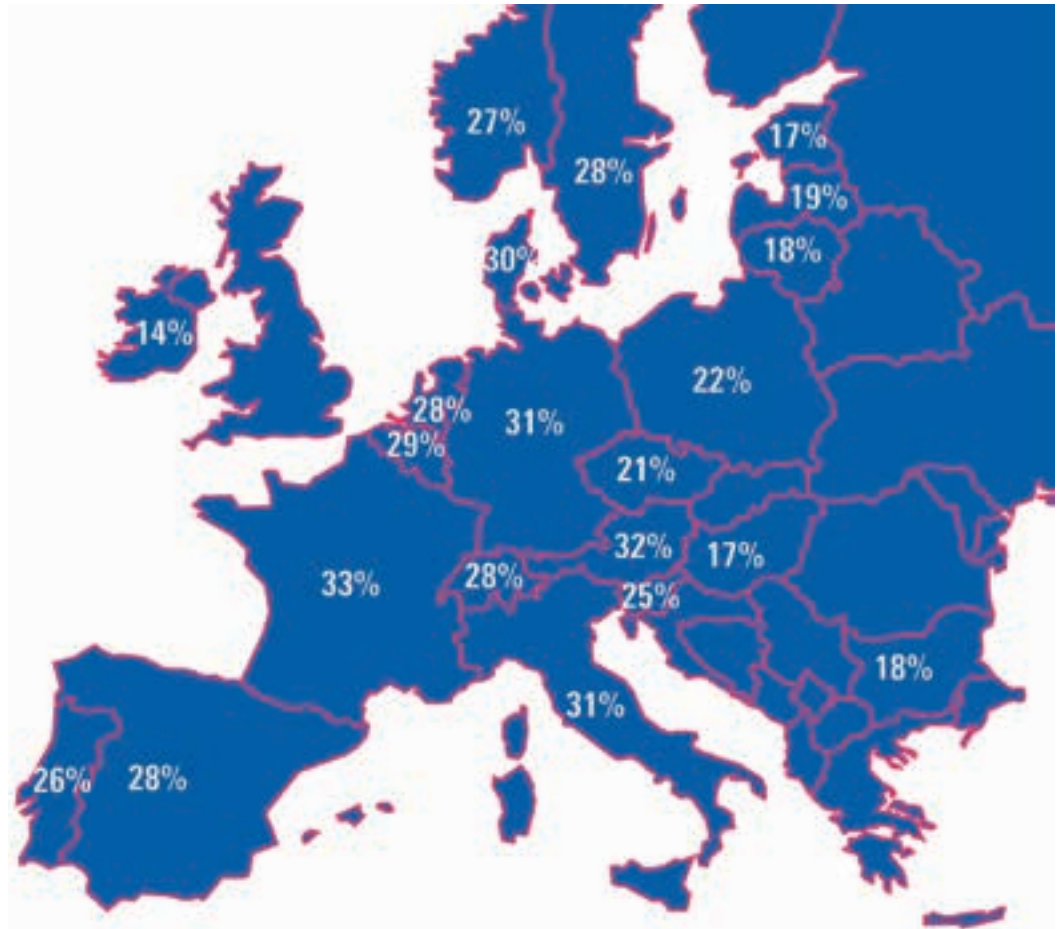
Und die Wahrheit ist leider erschreckend. Bei jeder dieser Innovationen standen die Europäer an vorderster Front, um unverdauliche Gesetze zu verabschieden, vom Datenschutz bis zum Verbot gentechnisch veränderter Organismen, so dass die Innovation nicht mehr auf dem alten Kontinent stattfindet (ausser bei der Erfindung von Steuern, da sind wir hervorragend). Über 5G wurde mehr wegen seiner esoterischen Mängel als wegen seines Fortschrittpotenzials gesprochen. Mit der Verabschiedung der berühmten Datenschutzgrundverordnung ist die Zahl der entwickelten Anwendungen eingebrochen. All dies, um Sie davor zu schützen, Ihre Daten freiwillig auf einem Kontinent preiszugeben, auf dem der Staat im Namen der Bekämpfung der Steuerhinterziehung ungehindert auf Ihre Bankkonten zugreifen kann.

Leider nimmt der Regulierungswahn kein Ende. Von der künstlichen Intelligenz bis zum selbstfahrenden Auto kämpfen die europäischen und schweizerischen Behörden gegen Windmühlen, während unsere Industrie verschwindet. Aufgrund des hohen Handelsvolumens mit der EU kopieren wir systematisch die Fehler Brüssels... Auch wenn es kaum anders geht, ist das Vorgehen beunruhigend.

Der schlimmste Kollateralschaden ist zweifellos an den Universitäten zu finden. Man könnte sich damit beruhigen, dass wir, wenn wir schon keine Geschäfte machen, wenigstens in der Grundlagenforschung erfolgreich sind. Doch weit gefehlt. Im «QS World University Ranking», das jährlich die besten Universitäten klassiert, fallen die Schweiz und Europa zurück. Die ETH bleibt zwar (noch) in den Top 10 und rettet die Ehre der Schweiz, aber man sieht den Wald vor lauter Bäumen nicht: Die erste europäische Universität, Paris PSL, liegt auf Platz 24, und unter den ersten 50 sind weniger als fünf Universitäten. Durch die Konzentration auf intersektionale Gender Studies und anderen post-modernen Hokuspokus haben unsere Hochschulen einige wichtige Wendepunkte in der Entwicklung der Menschheit verpasst.

Dramatische Folgen

Die Folgen dieser Entgleisung sind dramatisch. Viel mehr, als wir uns vorstellen können. Nein, Wirtschaftswachstum ist nicht dazu da, die Welt mit nutzlosem Plastikkrum zu überschwemmen. In den letzten zehn Jahren wurde das schrumpfende



Ausgaben für die soziale Wohlfahrt in Prozent des BIP im europäischen Vergleich.

Wachstum in der Schweiz vollständig von den Ausgaben für die Renten und das Gesundheitswesen aufgezehrt.

Wenn sich eine Wirtschaft auf ihren Lorbeeren ausruht, zahlen die Bürger den Preis. Das haben wir in den vergangenen Monaten gesehen. Die Widerstandsfähigkeit Europas gegen den Inflationsschock ist praktisch gleich null. Energie, Gesundheit, Lebensmittel und andere Kosten: Jede Preisbewegung stürzt Tausende von Menschen in Unsicherheit, manchmal sogar in Armut.

In den letzten 15 Jahren hat Europa einen Weg der Technokratie und der Selbstzufriedenheit eingeschlagen, der in den Untergang führen kann. Die Schweiz wird leider von ihrem Nachbarn auf diesen Irrweg gezwungen. Der Weg aus der Sackgasse wird nicht einfach sein. Wir müssen unsere Denkweise ändern. Steuersenkungen, Deregulierung, Privatisierung sind unumgänglich. Grosse Worte, die auf dieser Seite des Atlantiks so beunruhigend klingen.

In der kommenden Legislaturperiode ist es an der Zeit, den Kurs zu korrigieren und zu den Grundlagen zurückzukehren, die unseren Reichtum ausmachen: Freiheit und Eigenverantwortung.

Und sich für ein paar Jahre eine Pause von neuen Regulierungen und dem Ausbau des Sozialstaates zu gönnen. Nicht weil wir das nicht wollen, sondern weil wir es uns nicht leisten können.



Philippe Nantermod, Parteivizepräsident und Nationalrat VS

Dieser Blog ist eine Übersetzung der Kolumne, die auf Französisch im «Blick» erschienen ist.

Während der Herbstsession finden auch die Feierlichkeiten rund um das 175-Jahr-Jubiläum der Bundesverfassung statt. Foto: Jannik Kaiser.



«Das Ende naht»

Die letzte Session der Legislatur steht vor der Tür

Krankenkassenprämien, Wasserkraftwerke und weniger Treibhausgasemissionen in der Schweiz. Das sind die Themen der Herbstsession.

Das war's. Zumindest fast. Die laut abtretendem Bundeskanzler Walter Thurnherr «schlimmste Legislatur» geht in die Schlussphase. Das Parlament hat die Corona-Pandemie gemeistert, erlebt einen Krieg in Europa, muss dringend Lösungen für die Energiekrise finden und wird sich in neuer Zusammensetzung mit den Folgen der Credit-Suisse-Übernahme herumschlagen müssen.

Aber auch ganz handfeste Anliegen stehen derzeit im Vordergrund. Eine der wichtigsten gesundheitspolitischen Massnahmen der vergangenen Jahre kommt in den Rat. Vier Buchstaben stehen hier für eine Revolution EFAS. Hinter der etwas technisch klingenden Vorlage der einheitlichen Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen verbirgt sich nichts weniger als die Abschaffung einer der grössten Fehlanreize in unserem Gesundheitssystem.

Vorteil EFAS

Das Gesetz schreibt heute vor, dass die Kantone mehr als die Hälfte der Kosten übernehmen, wenn eine Person nach einem Eingriff mindestens eine Nacht im Spital bleibt – also stationär behandelt

wird. Geht eine Person nach einem Eingriff direkt nach Hause, spricht man von einer ambulanten Behandlung und die Kosten werden vollumfänglich von der Krankenkasse übernommen. Eine Verlagerung von stationär nach ambulant ist aus mehreren Gründen wünschenswert: Bei gleicher oder teils höherer Qualität kosten ambulante Eingriffe deutlich weniger und für den Patienten ist es auch angenehmer, weil er nicht länger als nötig im Spital bleiben muss. Patienten profitieren zudem vom Umstand, dass die Gefahr einer Infektion zu Hause viel geringer ist und die Pflegenden werden entlastet. Die «Ambulantisierung» wird heute leider verschleppt, weil die eigentlich sinnvolle Verlagerung ausschliesslich bei den Prämienzahlenden einschenkt. Künftig – dank EFAS – sollen ausschliesslich medizinische Gründe massgebend dafür sein, ob eine Person ambulant oder stationär behandelt wird.

Mehr als eine homöopathische Wirkung wird auch vom Mantelerlass erwartet. Dieses Mammutgesetz wird, wenn alles nach Plan läuft, in der Herbstsession zu Ende beraten. Dank dieser Vorlage können 15 Wasserkraftprojekte endlich im

Schnellzugstempo gebaut und weitere energiepolitische Weichen gestellt werden, damit in der Schweiz endlich mehr Strom produziert werden kann.

FDP wählen – Bundeshausfraktion stärken

Als Ausblick auf das kommende Jahr beginnt der Ständerat bereits mit der Beratung des CO₂-Gesetzes. Die Neuauflage der beim letzten Mal am Volk gescheiterten Vorlage verzichtet auf die ganz grossen Würfe und orientiert sich am Machbaren. Dennoch setzt sie klare Ziele und will die Treibhausgasemissionen in der Schweiz bis 2030 gegenüber 1990 halbieren. Hier zeigt sich, dass realistische Klimapolitik auch ohne Klebstoff möglich ist. Über Details lässt sich aber auch nach der schlechtesten Legislaturperiode noch munter streiten.

Weil die FDP dies besonders gut kann und der Schweiz den Weg in eine liberale Richtung weisen kann, ist es wichtig, dass Sie am 22. Oktober mithelfen, die Fraktion im Bundeshaus zu vergrössern. Ihre Stimme ist entscheidend, damit die Liberalen nicht nur für Aufsehen sorgen, sondern mit ihren Vorschlägen auf der Gewinnerseite stehen.

Christian Steiner, Fraktionssekretär

KOLUMNE

Mit «à la carte» anstatt «all you can eat» gegen den Prämienschock

Im Oktober wird SP-Bundesrat Alain Berset wieder bekanntgeben, um wie viel die Krankenkassenprämien steigen werden. Nachdem die Prämien bereits im vergangenen Jahr im Schnitt um 6,6 Prozent gestiegen sind, wird manchen Kassen für diesen Herbst ein Anstieg von bis zu 10 Prozent vorausgesagt. Das belastet den Mittelstand, der nicht von Prämienverbilligungen profitiert, immer stärker!

Um diesen zu entlasten und die Prämienlast ohne Qualitätseinbisse zu senken, lancierten wir im Juli die Idee eines «Budget-Versicherungsmodells». In der heutigen obligatorischen Grundversicherung gilt ein «all you can eat»-System: Man bezahlt einen Fixpreis, darf dafür alles konsumieren. Es gibt immer mehr Menschen, die dies gar nicht wollen. Für diese wollen wir eine Alternative schaffen: ein Menü «à la carte».



Konkret wollen wir, dass alle Personen die Möglichkeit haben, durch bewusste Entscheidungen ihre Krankenkassenprämien massiv zu reduzieren. Denkbar wären zum Beispiel eine Generika-Pflicht bei gewissen Medikamenten, eine höhere Franchise, ein Obligatorium zur Nutzung des

elektronischen Patientendossiers, ein Verzicht auf Homöopathie oder der Abschluss von Mehrjahresverträgen.

Solche sind in den heutigen alternativen Versicherungsmodellen verboten. Gerade für chronisch kranke Menschen oder Leute mit mehreren Krankheiten wäre es jedoch von Vorteil, wenn Versicherer in ihre Gesundheit investierten und dafür einen Anreiz in Form von Mehrjahresverträgen hätten.

Ich bin davon überzeugt: Mit einem «Budget-Versicherungsmodell» fielen die Gesundheitskosten bei gleichbleibender Qualität tiefer aus.

Andri Silberschmidt
Parteivizepräsident und Nationalrat ZH

Einladung zum Fachreferat



Peter Regli

Der ehem. Chef des Schweizer Nachrichtendienstes, Dipl. Masch.-Ing. ETH, Divisio-när a.D., Delegierter der FDP Schweiz, spricht zum Thema

Die Ukraine, Putin und Xi – wie weiter?

> Mittwoch, 18. Oktober 2023, in Bern, Kaserne, Auditorium, Papiermühlestrasse 13 + 15, 3000 Bern 22

(im Navigationssystem eingeben: Kasernenstrasse 27) oder per ÖV mit Tram Nr. 9 ab Bahnhof Bern bis Breitenrain, dann 300 m zu Fuss, via Herzogstrasse

> Papiermühlestrasse bis zur Kaserne.

> Beginn: 18.45 Uhr, Apéro
19.30 Uhr, Referat

Eintritt frei, keine Anmeldung notwendig.

**Delegiertenversammlungen
2024**

Jetzt vormerken

Samstag, 20. Januar 2024

Samstag, 22. Juni 2024

Samstag, 19. Oktober 2024

**Wir machen
die Schweiz stark!**



JEDERZEIT
STRÖM

BLACKOUT STOPPEN

— JETZT —
UNTERSCHREIBEN!

blackout-stoppen.ch

